



Montag, 24. April 1978

Blatt 936

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(violett)

Kindertelefon bis 18 Uhr  
4,5 Millionen für Wohnungsverbesserungen  
Dachausbauten für Wohnzwecke genehmigt  
Donaupark: Esel für den Haustierzoo

Kommunal:  
(rosa)

Thermochemische Fabrik im Dienste des Umweltschutzes  
Sanierung des Weststadions vergeben  
Eigene Busepur für den "13er"  
Wiener Gemeinderat

Lokal:  
(orange)

Bocciabahn im Donaupark

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

.....  
bereits am 22. april 1978 ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

k o m m u n a l :

=====

kindertelefon bis 18 uhr

6 wien, 22.4. (rk) das wiener kindertelefon, seit anfang april unter der telefonnummer 63 53 64 wochentags von 8 bis 15.30 uhr erreichbar, ist ein durchschlagender erfolg geworden. taeglich werden bis zu 125 anrufe von der diensthabenden ''tante'' beantwortet. in der uebrigen zeit war ein tonband eingeschaltet. es hat sich aber herausgestellt, dass sehr viele anrufe erst am spaeteren nachmittag gekommen sind. aus diesem grund wird die tante des wiener kindertelefons ab montag, den 24. april, fuer ihre kleinen und grossen anrufer laengere zeit persoendlich zur verfuegung stehen, naemlich bis 18 uhr. ab montag also: das wiener kindertelefon 63 53 64 montags bis freitags von 8 bis 18 uhr. (pr)

++++

.....  
bereits am 23. april 1978 ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

k o m m u n a l :

=====

4,5 millionen fuer wohnungsverbesserungen

1 wien, 23.4. (rk) auf antrag von landeshauptmann-stellvertreter hubert p f o c h genehmigte mittwoch die wiener landesregierung 4,5 millionen schilling aus wohnbaufoerderungsmitteln fuer wohnungsverbesserungen. es handelt sich dabei um aufzugseinbauten und wohnungssanierungen groesserem umfanges. ferner beschloss die landesregierung, fuer nachfoerderungen eine summe von ungefaehr neun millionen schilling zu gewaehren. (pr)

++++

dachausbauten fuer wohnzwecke genehmigt

2 wien, 23.4. (rk) zwei dachboeden - je einer in der siebensterngasse und in der alser strasse - werden kuenftig als wohnraum dienen. der umbau wird durch die dachboden-aktion der stadt wien ermoeeglicht. den 20prozentigen zuschuss zu den baukosten fuer die beiden dachboeden genehmigte der wohnenausschuss auf antrag von vizebuergemeister hubert p f o c h . (smo)

++++

.....  
 bereits am 23. april 1978 ueber fernschreiber ausgesendet  
 .....

L o k a l :

=====

donaupark: esel fuer den haustierzoo

3 wien, 23.4. (rk) neue gefaehrten erhalten die tiere in dem  
 kleinen haustierzoo im donaupark: ausser dem taubenkobel, den  
 zwergziegen, zwerghuehnern und den tiroler steinschafen - darunter  
 ein preisgekroenter widder - kommen noch einige esel dazu.

der vor allem bei kindern beliebte haustierzoo im donaupark  
 befindet sich in der naehe des eingangs arbeiterstrandbadstrasse  
 naehe wagramer strasse. (hs)

++++

k o m m u n a l :

=====

thermochemische fabrik:

hundert jahre im dienste des umweltschutzes

1 wien, 24.4. (rk) eines der aeltesten kommunalen unternehmen der stadt, die tierkoerperverwertung und thermochemische fabrik in simmering, wird heuer hundert jahre alt. die im jahre 1878 fertiggestellte anlage galt als bahnbrechend und hat bis heute nichts von ihrer bedeutung eingebuesst. in vielen anderen laendern und staedten ist man erst zwischen den weltkriegen dazu uebergegangen, tierkadaver und abfaelle tierischer art auf thermochemischem wege zu beseitigen und zu verwerten.

als 1874 der zentralfriedhof angelegt wurde, musste man den verscharrungsplatz fuer aeser in kledering auflassen. in einem von dem wissenschaftler professor kbethinsky angeforderten gutachten wurde darauf hingewiesen, dass ein vergraben der kadaver "als ein verstecken des unrats" anzusehen sei und dass bei dieser - allgemein praktizierten - methode "der zufall zum verweser der oeffentlichen hygiene gemacht wird." ausserdem brachte die errichtung eines leistungsfaeihigen kanalsystems die gefahr mit sich, dass die kadaver und tierischen abfaelle unkontrolliert beseitigt werden. im selben jahr beschloss der wiener gemeinderat die errichtung der tierkoerperverwertung. die anlage wurde von einer privaten gesellschaft gepachtet, spaeter beteiligte sich die gemeinde an der gesellschaft. heute ist an der "tierkoerperverwertung und thermochemischen fabrik gesellschaft m.b.h." die wiener holding zu 100 prozent beteiligt.

im laufe der zeit hat sich der anfall des rohmaterials beträchtlich geändert. machten noch um die jahrhundertwende die tierkadaver 80 prozent aus, so betraegt heute der anteil der tierkadaver lediglich ein prozent, die restlichen 99 prozent sind abfaelle tierischer art.

die abholung des rohmaterials erfolgt kostenlos, um zu verhindern, dass aus finanziellen erwaegungen verendete tiere, fleischabfaelle usw. in das kanalnetz gelangen oder einfach in donaukanal oder in die donau geworfen werden.

die tierkoerperverwertung und thermochemische fabrik verarbeitet im jahr zwischen 3.500 und 4.500 tonnen rohmateriale, aus dem tiermehl und tierisches fett gewonnen werden. aus etwa 4.500 tonnen abfaellen lassen sich rund 900 tonnen tiermehl und rund 500 tonnen fett erzeugen.

abnehmer des tiermehls sind futtermittel-mischbetriebe, die aus dem mehl durch zusatz anderer mittel - soja, weizen, vitamine, spurenelemente etwa - kraftfutter erzeugen. das tierische fett wird exportiert und in italien, deutschland und holland in spaltanlagen in die fettsaeuren zerlegt. in oesterreich gibt es keine spaltanlagen. diese fettsaeuren benoetigt man unter anderem zur seifen-erzeugung.

die tierkoerperverwertung wurde erst vor zwei jahren modernisiert, die anlage verfuegt ueber moderne technische einrichtungen und arbeitet weitgehend automatisch. (wabvg)

0843

L o k a l :

=====

bocciabahn im donaupark

2 wien, 24.4. (rk) fuer die anhaenger des bocciaspiels wurde nun im donaupark, beim eingang arbeiterstrandbadstrasse/naehe wagrainer strasse, eine boccia-bahn angelegt. die bahn selbst ist - natuerlich kostenlos - schon jetzt benuetzbar. tafeln mit spielregeln fuer jene besucher des donauparks, die sich mit boccia nicht so richtig auskennen, werden in kuerze aufgestellt. (hs)

0844

k o m m u n a l :

-----

## sanierung des weststadions vergeben

4 wien, 24.4. (rk) der bautenausschuss beschaeftigte sich am montag mit der sanierung der dach- und tribuenentraeger im sportzentrum west. die erforderlichen arbeiten, deren kosten voraussichtlich 8 millionen schilling betragen, wurden - vorbehaltlich der sachkreditgenehmigung durch den gemeinderat - an die firma mayreder, kraus und co. vergeben.

fuer die behebung von frostschaeden auf den verkehrsflaechen des stadtgebiets sowie zur herstellung von asphaltbetonbelaeagen genehmigte der bautenausschuss 34,21 millionen schilling. obwohl der vergangene winter ungewoehnlich hart war - sogar im april gab es noch an manchen tagen frost - sind die kaelteschaeden zahlenmaessig nur geringfuegig hoeher als im vorjahr. die meisten frostschaeden traten in ausserhalb des guertels gelegenen strassen auf, im engeren stadtgebiet wurden weniger schaeden verzeichnet. besonders betroffen waren die verkehrswege in den bezirken 10, 11, 21, 22 und 23.

von den wiener strassen besitzen etwa 40 bis 45 prozent einen frostsicheren unterbau. frostsicher ist ein verkehrsweg dann, wenn sein unterbau in tiefen hinabreicht, die nicht mehr gefrieren: dann kann eingedrungenes schmelzwasser abfliessen, ohne schaden anzurichten. in den inneren bezirken gelten strassen als frostsicher, deren schichten zusammen 60 bis 65 zentimeter tief sind, in den aeusseren bezirken und am stadtrand muss die staerke des frostsicheren unterbaues 80 bis 100 zentimeter betragen. (we)

k o m m u n a l :

\*\*\*\*\*

## wiener gemeinderat (1)

5 wien, 24.4. (rk) dem wiener gemeinderat, der montag unter dem vorsitz von buergermeister leopold g r a t z zusammentrat, lagen 3 a n f r a g e n der fpoe und 5 der oevp vor. die oevp brachte a n t r a e g e betreffend aufstockung der mittel der hochschul-jubilaeums-stiftung, der gewaehrung eines erziehungsgeldes fuer alleinstehende berufstaetige muetter, der situation in den psychia-trischen krankenanstalten, der einrichtung von kontrollkommissionen in den pflegeheimen und der verlaengerung der autobuslinie 40 a zur u-bahn-station schottenring ein. von der fpoe wurden antraege be-treffend rettungsaktion fuer altwiener kaffeehaeuser, ausdehnung der aktion fuer wassersparende massnahmen auf dienstleistungsbetriebe und eines finanzausgleichszuschusses fuer gemeinden, die in ballungs-raeumen erholungsgebiete anbieten, eingebracht.

fuer einen weitere oevp-antrag, betreffend sperre des sogenann-ten innenrings fuer durchzugsverkehr, wurde die d r i n g l i c h e b e h a n d l u n g verlangt. darueber wird vor schluss der oeffentlichen sitzung entschieden.

von der bezirksvertretung neubau lagen drei antraege vor: be-treffend wiedererrichtung beziehungsweise erweiterung des weghuber-parks, die errichtung von notrufsaehlen sowie ausarbeitung eines garagenkonzepts fuer den bereich mariahilfer strasse.

anschliessend erfolge die satzungsmassige wahl von zwei mit-gliedern des verwaltungsausschusses der zentralsparkasse der gemeinde wien: gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp) und dr. r a i d l wurden ein-stimmig wiedergewaehlt.

## freizeitklub stadt des Kindes

gr. h a n k e (spoe) beantragte fuer den verein "freizeit-klub stadt des Kindes" einen einmaligen foerderungszuschuss von 60.000 schilling. gr. prof. b i t t n e r (oevp) erklarte, dass die oevp mit dieser foerderung einverstanden ist, aber nicht mit der bedeckung aus dem kulturschilling. sein diesbezuglicher a b a e n d e r u n g s a n t r a g wurde vom berichterstatter im s c h l u s s w o r t zur ablehnung empfohlen.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag bleibt mit den stimmen der oevp und fpoe in der minderheit. der antrag wurde mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

#### foerderung fuer beethoven-verein

gr. w i e s i n g e r (spoe) beantragte fuer den verein freunde der beethoven-gedenkstaette in floridsdorf, der mit grossem ideellen einsatz das sogenannte erdoedy-landhaus zu einer gedenkstaette ausgestaltet hat, einen einmaligen foerderungszuschuss von 60.000 schilling. gr. prof. b i t t n e r (oevp) begruesste die foerderung, wandte sich jedoch abermals mit einem a b a e n - d e r u n g s a n t r a g gegen die bedeckung aus dem kulturschilling.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde nur von der oevp und fpoe unterstuetzt und damit abgelehnt. der antrag wurde mit den stimmen der spoe b e s c h l o s s e n . (smo) (forts)

1100

#### gemeinderat (2):

##### verkauf in hietzing

6 wien, 24.4. (rk) den verkauf zweier haeuser in der domayergasse 6 und 8 in hietzing an die ekazent, die auf nummer 8 ein buerohaus bauen moechte (referent gr. h a l a , spoe), nannte str. dr. g o l l e r (oevp) eine verschaedlungstragoedie. das 14 meter hohe geschaeftshaus wird das typische strassenensemble "zertruemern". goller zweifelte daran, dass die ekazent das haus nummer 6, eine villa, revitalisieren werde, da in einem aehnlichen fall in der taborstrasse 22 trotz eines versprechens der ekazent bisher nichts geschehen ist.

gr. r o s e n b e r g e r (spoe) warf goller vor, die situation zu dramatisieren. in der domayergasse gibt es auf nummer 10 bereits ein 14 meter hohes wohnhaus, und das nunmehrige vorgehen entspricht der vor zwei jahren in den planungsgremien einstimmig getroffenen entscheidung einer trennung zwischen schutzzone und sonstiger verbauung. in einer zweiten wortmeldung erklaerte str. dr. g o l l e r , auch das bestehende haus nummer 10 zerstoere den ortscharakter und haette besser nicht gebaut werden sollen.

vizebuergermeister p f o c h (spoe) erklarte, jeder koennte sich durch einen lokalausweis in hietzing ueberzeugen, dass dort eine gute symbiose zwischen der erhaltung des alten kernes und neuem gefunden wurde. die gestaltung des hietzinger bezirkszentrums wird durch den geplanten verkauf erleichtert, schloss pfoch.

a b s t i m m u n g : der verkauf wurde mit den stimmen der spoe b e s c h l o s s e n . (sei) (forts)

1142

gemeinderat (3):

#### flaechenwidmungen

7 wien, 24.4. (rk) gr. h a n k e (spoe) brachte den antrag auf aufhebung und neufestsetzung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes fuer ein gebiet in kagran ein. gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) kritisierte die unbefriedigende mitsprache der buerger am planungsprozess. alle parteien seien bei der beschlussfassung ueber die bauordnungsnovelle ueber eine verstaerkte teilnahme der bevoelkerung am planungsprozess einig gewesen. im planungsausschuss sei ein dreiparteiantrag beschlossen worden, der mehrere alternative informationsmoeglichkeiten vorsah: informationsbus, anschlaege, flugblaetter, presse und buergerversammlungen. von der vorliegenden aenderung seien 2.500 menschen betroffen, von einer ebenfalls heute vorliegenden aenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes in einem gebiet in ottakring sogar 19.000. aber eine ausreichende information sei unterblieben. es habe nur den anschlag auf der amts-tafel, eine mitteilung im amtsblatt, ein aussendung der "rathaus-korrespondenz" sowie eine information der kammern gegeben. dr. hirmschall kuendigte an, dass die fpoe alle neufestsetzungen von flaechenwidmungs- und bebauungsplaenen ablehnen werde, solange die information der bevoelkerung nicht verbessert werde.

gr. h a n k e (spoe) verwies in seinem schlusswort auf die gerade im 22. bezirk geschaffenen neuen kontakmoeglichkeiten zum bezirksvorsteher, der mehrere kontaktbriefkaesten aufstellen liess. hanke erinnerte an die aussendung in der "rathaus-korrespondenz". es waere zu begruessen, wenn die massenmedien mehr ueber aenderungen

des flaechenwidmungsplanes berichten wuerden.

a b s t i m m u n g : a n g e n o m m e n mit den stimmen der spoe und oevp.

einen weiteren antrag auf neufestsetzung eines flaechenwidmungs- und bebauungsplanes, und zwar fuer ein gebiet in ottakring, referierte gr. h o l u b (spoe). zu diesem antrag war die verhandlung verlangt worden. wortmeldung lag keine vor.

a b s t i m m u n g : a n g e n o m m e n mit den stimmen der spoe und oevp.

gr. r o s e n b e r g e r (spoe) legte den antrag auf aenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes fuer ein gebiet im 23. bezirk vor.

gr. dr. m a y r (oevp) erklarte, dass es sich dabei um eine geringfuegige aenderung wegen der schleife der strassenbahnlinie 64 handle. im plan sei allerdings auch ein teilstueck des alten projektes ostrandstrasse enthalten. die frage, ob diese strasse gebaut werde, sei bisher unbeantwortet geblieben. die bewohner alt-erlaas seien wegen der laermbelaestigung dagegen. solange ueber dieses projekt keine entscheidung gefallen sei, koenne die oevp dem vorliegenden antrag nicht zustimmen.

gr. r o s e n b e r g e r (spoe) erklarte in seinem schlusswort, dass es bei der beantragten aenderung ausschliesslich um den bau einer schleife fuer die linie 64 gehe. die widmung fuer die ostrandstrasse sei nicht neu. niemand denke aber daran, dem bezirk gegen seinen willen eine strasse aufzuzwingen.

a b s t i m m u n g : a n g e n o m m e n mit den stimmen der spoe. (ger) (forts)

1159

gemeinderat (4):

spielstrassen

8 wien, 24.4. (rk) in wien wird es demnaechst mehr gruenflaechen geben: im 6. bezirk in der magdalenenstrasse, im 9. bezirk in der wasagasse, im 12. bezirk auf dem migazziplatz und im 18. bezirk rund um den ebner eschenbach-park sollen sogenannte spielstrassen errichtet werden. den antrag fuer die schaffung dieser gruanzonen mit

kosten von 1,8 millionen stellte bautenstadtrat hans b o e c k (spoe).

gr. k o e c h l (oevp) erinnerte daran, dass die absicht, spielstrassen zu errichten, bereits vier jahre zurueckliege. 1974/75 seien 43 vorschlaege fuer eine begruenung in dichtverbauten stadtgebieten gemacht worden, fuenf vorschlaege davon im 9. bezirk, die allerdings nicht alle von der bevoelkerung begruesst worden seien. der interessenskonflikt bei den spielstrasse bestehe einerseits in dem wunsch nach erholung und gruenraum im stadtgebiet andererseits in der forderung der autofahrer nach einem abstellplatz bei der eigenen haustuere. die oevp sei jedoch der ansicht, dass der mangel an gruenraum und freizeiteinrichtungen vor allem in den innerstaedti-schen bereichen behoben werden muesse: und dies nicht nur durch die ausweitung im flaechenwidmungs- und bebauungsplan, wie im 10. bezirk in der ettenreichgasse, sondern durch eine tatsaechliche realisierung. der geplante gruene durchgang zwischen nussdorfer strasse und lustkandlgasse sei noch immer nicht realisiert worden, die strasse hinter der votivkirche werde entgegen einem antrag der bezirksvorsteherung wieder als strassenraum benuetzt.

gr. l u s t i g (spoe) wies darauf hin, dass gerade der inter-essenskonflikt, der sich aus der errichtung von spielstrassen ergebe, eine gruendliche vorbereitung und eine umfassende diskussion mit der bevoelkerung notwendig mache. so seien beispielsweise im 9. be-zirk in einer ausstellung die fuenf geplanten spielstrassen den anrainern praesentiert worden. 1.400 besucher haben diese ausstel-lung besucht und ihre meinung und wuensche bekanntgegeben. ebenso habe im bundesgymnasium in der wasagasse eine buergerversammlung zum spielstrassenprojekt stattgefunden, an der 121 besucher teilgenommen haben. in einer fragebogenaktion haben sich 72,2 prozent fuer die-ses projekt ausgesprochen. vor dem ausbau von spielstrassen werde die spoe auch weiterhin den regen kontakt mit der bevoelkerung suchen.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen.

#### neue strompreise

stadtrat n e k u l a (spoe) referierte ueber die neuen strom-preise, die rueckwirkend mit 1. april in kraft treten sollen. fuer

die haushalte bedeutet dies im allgemeinen eine erhoehung um 4,8 groschen pro kilowattstunde.

dies sei die fuenfte strompreiserhoehung innerhalb der letzten vier jahre. habe der strompreis fuer haushalte 1974 noch 70 groschen pro kwh betragen, so betrage er jetzt 75 groschen, stellte gr. dkfm. b a u e r (fpoe) fest. die fpoe halte erhoehungen der tarife aus gesamtwirtschaftlicher sicht heraus fuer falsch, da damit die industrie noch mehr belastet und die kaufkraft des einzelnen geschwaecht wuerde. wenn monopolunternehmungen, bei denen der konsument gezwungen ist, die gebotenen leistungen und preise zu akzeptieren, ihre tarife immer hoeher hinaufschrauben, und dies von seiten der verwaltung akzeptiert wuerde, so werde der sinn der gemeinwirtschaft in frage gestellt. ausserdem sei es unlogisch, dass die elektrowirtschaft ihre preisantraege mit der verbalen erklaerung "aus volkswirtschaftlichen gruenden" einbringe. die notwendigkeit der erhoehungen sei nicht stichhaeltig und werde vom energiestadtrat auch durch keinerlei zahlenmaterial begruendet. obwohl die fpoe die notwendigkeit der subvention voll anerkenne, sei nicht einzusehen, dass der stromabnehmer fuer den strassenbahnfahrer bezahle. subventionen im kommunalen bereich sollten mit mehr transparenz bei der aufwendung der mittel ausgegeben werden. (ba) (forts)

1302

gemeinderat (5):

neue strompreise (forts.)

9 wien, 24.4.(rk) die strompreiserhoehung ist nur teilweise berechtigt, erklaerte gr. dkfm. a m m a n (oevp). die e-wirtschaft wird naemlich als melkkuh betrachtet, indem sie in ballungsraeumen zur mitfinanzierung des nahverkehrs herangezogen wird. von einer neuordnung der e-wirtschaft ist aber nichts zu sehen: es fehlt nach wie vor ein energiekonzept, zum energiesparen gibt es keine konkreten vorschlaege, und an eine sinnvolle regulierung der tarifstruktur wird nicht herangegangen. es werden wieder generelle prozenterhoehungen vorgenommen wie bei frueheren tariferhoehungen. das ist besonders beim nachstrom schlecht und fuer eine umweltbewusste stadtverwaltung eigentlich unzumutbar.

./°

die jetzige tariferhoehung wird dem konsumenten nicht genug transparent mitgeteilt: man sagt 4,4 prozent erhoehung, verschweigt aber, dass der arbeitspreis in wirklichkeit um 5,3 prozent erhoeht wird. ausserordentlich bedenklich ist jedoch die einfuehrung des messpreises fuer das gewerbe. wien ist damit nicht wirtschaftsfreundlich. insgesamt leide die strompreiserhoehung an folgenden schoenheitsfehlern: die erhoehung bringt den wiener e-werken 120 millionen jaehrlich, gleichzeitig subventionieren sie die verkehrsbetriebe mit 180 millionen: die 4,4 prozent sind in wirklichkeit 5,3 prozent, einfuehrung des messpreises fuer gewerbe aus ressentiments gegenueber der freien wirtschaft, und schliesslich die rueckwirkende erhoehung ab 1. april.

gr. s e v c i k (spoe) schilderte den verhandlungsweg, seit einbringung des preiserhoehungsantrags von 6,45 prozent durch den verband der e-werke. die preiskommission habe dabei grundsuetzliche feststellungen getroffen: naemlich die einheitliche antragstellung und keine schlechter- oder besserstellung irgendwelcher gruppen sowie nur auswirkung der erhoehung auf den arbeitspreis.

nach pruefung der unterlagen wurde die 4,4prozentige erhoehung genehmigt. das haette eine bevorzugung fuer das gewerbe gebracht, denn fuer diese abnehmer haette die effektive erhoehung nur 3 prozent betragen. die einfuehrung des messpreises, den es in anderen bundeslaendern schon gibt, ist praktisch nur eine gleichziehung. er wird uebrigens in wien der niedrigste in ganz oesterreich sein. er wird einen kleinbetrieb mit 92 schilling jaehrlich belasten. damit ist fuer das gewerbe die strompreiserhoehung mit 4,3 prozent noch immer niedriger als fuer die anderen abnehmer. die 12 bis 14 millionen schilling einnahmen durch den messpreis kommen schliesslich in form von investitionen der stadtwerke wieder der wirtschaft zugute.

(smo) (forts)

1308

gemeinderat (6):

neue strompreise (schluss)

12 wien, 24.4. (rk) nach dem neuen gewerbetarif zahlen ein gewerbebetrieb um 40 prozent, die mieter eines wohnhauses mit lift um 240 prozent und die mieter eines hauses ohne lift um 300 prozent

mehr als die bezieher nach dem haushaltstarif, erklarte gr. ing. k r e i n e r (oevp). die spoe-behauptung, die bezieher von gewerbebetrieben werden beguenstigt, ist daher falsch.

stadtrat n e k u l a (spoe) erklarte in seinem schlusswort, dass in niederoesterreich der gewerbetarif hoeher liegt als in wien. die tatsaechliche belastung der gewerbebetriebe aus der erhoehung betraegt nach aufzeichnungen der wiener handelskammer 0,3 prozent der gesamtkosten pro jahr. dies ist zumutbar.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe a n g e - n o m m e n . (sei)

#### innovationsgesellschaft

gr. s a l l a b e r g e r (spoe) legte den antrag auf beteiligung der stadt wien an der neuen "wiener innovationsgesellschaft" vor. aufgabe und ziel dieser gesellschaft sei es, bei der einfuehrung von marktorientierten produkten sowie bei der herstellung von prototypen und nullserien helfend zur seite zu stehen. die stadt wien zeige damit, in welcher richtung sie wirtschaftspolitik betreibe. das stammkapital der innovationsgesellschaft betrage fuenf millionen schilling. zu den beiden gruendenden gesellschaftern - stadt wien und zentralsparkasse - koennen auch weitere gesellschaftler dazukommen. so bestehe bei der handelskammer, bei der arbeiterkammer und bei kreditinstituten interesse an einer beteiligung.

die lohnstueckkosten seien in unserer wirtschaft in den letzten jahren sehr gestiegen, erklarte gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp). die konkurrenzsituation gegenueber dem ausland sei dadurch in vielen bereichen schwierig. das handelsbilanzdefizit sei von drei bis sechs milliarden schilling jaehrlich zwischen 1971 und 1975 auf 24 milliarden 1976 und auf 49 milliarden 1977 gestiegen. die wettbewerbsfaehigkeit der wirtschaft leide unter der belastungspolitik der regierung. die oesterreichische wirtschaft muesse leistungsfahig sein, sie duerfe auf dem technischen stand nicht stehenbleiben, der anteil an geistiger arbeit muesse erhoehrt werden. der weg der foerderung durch eine innovationsgesellschaft sei begruessenswert. man solle sich dabei um eine breite basis bemuehen.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen.  
(ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (7):

verlaengerung der u 1

13 wien, 24.4. (rk) stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe) legte den antrag vor, die verlaengerung der linie u 1 in den sueden grundsaeztlich zu beschliessen. diese verlaengerung war schon immer als teilabschnitt der netzkonzeption vorgesehen. bereits 1971 wurde eine vorstudie ueber die trassenfuehrung ausgearbeitet, die spaeter ueberprueft und ergaenzt wurde, allerdings dem heutigen stand nicht mehr entspricht. auch empfehlungen der gemeinderaetlichen stadtplanungskommission bezogen sich auf diese verlaengerung. 1976 wurde eine strukturplanung fuer den raum wienerberger gelaende - draschegruende - oberlaa veranlasst, die 1977 fertiggestellt wurde. auf diesen grundlagen hat dann die ma 18 einen generellen staedtebaulichen rahmenplan fuer den weiteren einflussbereich der verlaengerten linie u 1 erstellt. zielsetzung dafuer war die schaffung von rund 9.000 arbeitsplaetzen und rund 1.500 wohnungen auf den draschegruenden sowie eine generelle beurteilung der entwicklungsмоeglichkeiten des gesamtraumes. da die staedtebauliche entwicklungsachse entlang der favoritenstrasse durch eine verlaengerung der u 1 wesentliche impulse erhalten wuerde, sind die voraussetzungen fuer einen grundsatzbeschluss fuer die u 1-verlaengerung gegeben.

im mai 1978 soll die auftragsvergabe an das planungsteam sued erfolgen, das seine arbeit mitte 1979 fertigstellen soll. ende 1979/ anfang 1980 soll die uebergabe des generellen projektes an die geschaeftsgruppe "verkehr und energie" erfolgen.

die verlaengerung der u 1 nach sueden sei ein gemeinsames anliegen aller parteien, erklarte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). derzeit sei im 10. bezirk naemlich noch keine zufriedenstellende verkehrssituation erreicht. fuer tausende menschen habe die inbetriebnahme der u 1 zunaechst verschlechterungen gebracht.

1966 habe das u-bahn-grundnetz aus vier linien bestanden, 1968 wurde die u 3 zurueckgestellt und die u 2 halbiert. das reduzierte grundnetz werde 1981 fertig. es sei an der zeit, klarzustellen, wie

es dann weitergehe. die gemeinderaetliche planungskommission habe die u 3 und die u 6 gleichrangig fuer die zweite phase vorgeschlagen. die kostenschaetzung fuer die u 6 belaufen sich auf sechs milliarden schilling, fuer die u 3 auf 12 milliarden schilling. es sei kaum moeglich, alles auf einmal zu beginnen. der gemeinderat muesse in kuerze entscheiden, welche der beiden linien prioritaaet hat.

die fpoe trete fuer die u 6 ein, da diese verbindung ausserordentlich wichtig und eine umstellung der guertelstadtbahn auf u-bahn-betrieb notwendig sei. (ger) (forts)

1438

gemeinderat (8):

verlaengerung der u 1 (schluss)

14 wien, 24.4. (rk) die einsicht, dass die u 1 nach dem sueden verlaengert werden muesse, entspringt nicht einer ploetzlichen erkenntnis dieser notwendigkeit, sondern wahltaktischen gruenden, stellte gr. a r t h o l d (oevp) fest. bereits 1972 habe die oevp die unterfuehrung des laaer berg-knotens zur diskussion gestellt 1973 seien zwei antraege der oevp auf eine verlaengerung der u 1 abgelehnt worden. diesen tatsachen widersprechend, habe buergermeister gratz kuerzlich festgestellt, dass die weiterfuehrung der u-bahn schon immer geplant gewesen sei und stadtrat nekula habe den baubeginn, der nun erst 1981 tatsaechlich erfolgen wird, fuer 1979 in aussicht gestellt.

die planungen fuer die u 1 werden praktisch beim nullpunkt begonnen, obwohl die staedtebaulichen voraussetzungen im sueden wiens in den letzten fuenf jahren gleichgeblieben sind. die oevp hoffe, dass bei den planungen jedenfalls auch der anschlussverkehr an die u 1 beruecksichtigt wird, da die attraktivitaet des massenverkehrsmittels u-bahn von seinem anschlussverkehr abhaengig ist. bis jetzt sei gerade im rahmen der u-bahn-projektierung bewiesen worden, dass lange planungen nicht immer gute planungen sind.

mit der weiterfuehrung der u-bahn nach dem sueden werden gerade jene teile des stadtgebietes erfasst, dessen bevoelkerung die weitesten fahrten zum arbeitsplatz auf sich nehmen muessen, befuer-

wortete gr. hermine f i a l a (spoe) den gemeinderatsantrag, nach einer statistik von 1971 gibt es taeglich 42.800 auspendler und 18.700 einpendler in favoriten. die zukuenftige u-bahn soll so projektirt werden, dass die mehr als 15.000 einwohner der per albin hansson-siedlung die u-bahn bequem erreichen koennen.

der antrag auf eine weiterfuehrung der u-bahn wurde aus mehreren gruenden erst jetzt gestellt: die finanzierungsmoeglichkeiten muessten sichergestellt sein, und andererseits muesse die u-bahn in etappen gebaut werden, um die einsatzfaehigkeit auf den uebrigen teilstrecken bereits zu einem moeglichst fruehen zeitpunkt zu gewaehrleisten.

das neue u-bahn-teilstueck nach rothneusiedl soll 1986 fertiggestellt sein, in der zwischenzeit wird die strassenbahnlinie 67 die verkehrsbedingungen in diesem bereich verbessern. im uebrigen stellte gr. fiale die frage, ob die oevp, als sie 1948 die errichtung der u-bahn forderte, bereits ihren leitsatz "das wichtigste zuerst" im auge gehabt habe.

in seinem schlusswort sagte stadtrat w u r z e r, dass die bisherigen ergebnisse der verkehrskonzeption der gemeinderaetlichen planungskommission am 23. juni vorgelegt wuerden. lange planungen seien gruendliche planungen, die sich umso besser den sozio-oekonomischen rahmen anpassen koennen.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen.

(ba) (forts)

1443

gemeinderat (9):

wohnhausanlage in waehring

15 wien, 24.4. (rk) str. b o e c k (spoe) beantragte die erichtung einer neuen gemeinde-wohnhausanlage mit 151 wohnungen in wien 18, peter jordan-strasse 79 - 91, mit einem kostenaufwand von 137 millionen s.

damit geht die liquidierung der kleingartenanlage am sandberg zu ende, erklaerte gr. t r a i n d l (oevp) und gruenland wird verbetoniert. von den 30.000 quadratmetern des areals sollen nicht weniger als 20.000 verbaut werden. mit dem bau dieser wohnungen fuer parteifreunde der spoe wird nicht nur die verkehrssituation in der

gersthofer strasse verschlechtert, es wird den kuenftigen bewohnern des ebenfalls beabsichtigten pensionistenhelmes das gruen vor der loggia nehmen. die spoe verspricht seit langem ausweitung des gruen- und erholungsgebietes in wien, in wirklichkeit engt sie den lebensraum weiter ein.

gr. s c h r e i n e r (spoe) sagte, dass die 150 wohnungen rund 500 menschen modernes wohnen in einer schoenen umgebung ermoeglichen werden. es wird nur ein drittel des areals verbaut und - wenn man wege und zufahrten abrechnet - bleibt die haelfte als gruenflaeche mit baeumen erhalten. es werden vor allem sozial schwachere in die gemeindewohnungen einziehen, ohne ansehen der parteizugehoerigkeit. die oevp ist aber anscheinend gegen einen gemeindebau in einer gegend, in der bisher nur privilegierte wohnen. bisher wahrte sich die oevp immer gegen eine randverbauung, nun ist sie auch gegen einen wohnbau im innerstaedtischen bereich. zu den schrebergaerten: es befanden sich dort sogenannte grabelaender aus der nachkriegszeit als zwischennutzung. die gaertner haben immer gewusst, dass sie eines tages werden wegziehen muessen. bei der abwaegung - 92 kleingaerten oder wohnstaette fuer 500 menschen und 300 pensionisten im pensionistenheim, fiel die entscheidung eindeutig. kraft der gemeinschaft werden also in dieser schoenen wohn- gegend, die bisher nur privilegierten vorbehalten war, auch unterprivilegierte leben koennen. (smo) (forts.)

1447

gemeinderat (10):

wohnhausanlage in waehring (schluss)

16 wien, 24.4. (rk) fuer ein pensionistenheim, in das ausschliesslich waehringer kommen sollten, und fuer die beibehaltung der kleingartenanlage am sandberg sprach sich bezirksvorsteher h e m m e l m a y e r (oevp) aus. bereits im jahre 1965 hat die bezirksvertretung einstimmig ein pensionistenheim gefordert und noch im jahr 1971 auf die moeglichkeit eines baues in der gersthofer strasse verwiesen.

im jahr 1965 begruesste die bezirksvertretung den kauf des

32.000 quadratmeter grossen grundstueckes auf dem sandberg. da dieses grundstueck eine der letzten zusammenhaengenden gruenflaechen des bezirkos ist, sollte nur ein pensionistenheim gebaut und es nicht durch eine wohnhausanlage verbetoniert werden.

gr. d i n h o f (spoe) wandte sich gegen die forderung, ausschliesslich waehringer im pensionistenheim unterzubringen. richtiger waere die forderung, "in erster linie", da es ja auch vorkommen kann, dass ein waehringer in einem anderen bezirk wohnen moechte und man diesen wunsch nicht durch solche forderungen von vornherein unmoeglich machen sollte.

str. b o e c k (spoe) wies in seinem schlusswort noch einmal darauf hin, dass durch die geplante wohnhausanlage fuer 151 familien wohnraum in einem wahrlich gesunden wohngebiet geschaffen wird.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und fpoe  
a n g e n o m m e n . (sei) (forts)

1449

gemeinderat (11):

wohnhausanlage neilreichgasse

17 wien, 24.4. (rk) gr. l u d w i g (spoe) brachte den antrag ein, eine staedtische wohnhausanlage im 10. bezirk, neilreichgasse - sahulkastrasse mit einem kostenaufwand von 913 millionen schilling zu errichten.

gr. a r t h o l d (oevp) kuendigte die ablehnung dieses antrages durch die oevp an. diese ablehnung sei als demonstrativer akt gegen die wohnbaupolitik der spoe zu verstehen. in der neilreichgasse wurde ein erholungsgebiet zerstoert, der gruenguertel wird unterbrochen. die baukosten sind enorm hoch, weil die aufschliessungskosten sehr hoch sind. dies waere nicht notwendig, wenn wirklich stadterneuerung betrieben wuerde. durch den wohnbau auf der gruenen wiese werden auch neue nahversorgungsprobleme geschaffen.

gr. b r a u n (spoe) stellte fest, dass in der neilreichgasse mehr als tausend wohnungen gebaut werden sollen. die oevp hat in dieser frage eine schlangenlinie eingeschlagen. urspruenglich habe die oevp in der bezirksvertretung, im gemeinderatsausschuss und im stadtssenat dem vorhaben zugestimmt. allein im 10. bezirk gebe es

2.500 wohnungssuchende. trotz stadterneuerung in den innerstaedti-  
schen bezirken braucht man zusaetzliche wohnungen. fuer die nahver-  
sorgung sei in der wohnhausanlage neilreichgasse gesorgt.

braun wandte sich gegen den vorwurf, dass wien verbetoniert  
werde: die zahl der baeume und kleingaerten sei seit 1968 gestiegen.  
die oevp sei auch gegen die wig in dieser form gewesen. seit 1973  
wurden mehr als 50.000 neue wohnungen in wien gebaut, 40.000  
wohnungen wurden verbessert. rund 90.000 familien haben auf diese  
weise bessere wohnungen erhalten.

in den naechsten fuenf jahren soll die stadterneuerung weiter  
vorangetrieben werden. daneben ist aber auch stadterweiterung dort  
notwendig, wo es sinnvoll ist.

stadtrat n e u s s e r (oevp) erklarte, dass von stadter-  
neuerung nichts zu sehen sei. 44.000 wohnungen koennten gebaut wer-  
den, wenn die grundreserven im innerstaedtischen bereich in an-  
spruch genommen wuerden. es gaebe dann keine sorgen mit der infra-  
struktur und keine bauskandale. der wohnbau auf der gruenen wiese  
birgt die gefahr der verstumung in den inneren bezirken. der groesste  
hausherr sei die stadt wien, die viele erneuerungsbeduerftige alt-  
haeuser habe. seit 1974 gebe es einen beschluss, dass ottakring  
assaniert werden soll, warum gebe es da eine vierjaehrige ver-  
zoegerung. (ger) (forts)

1529

gemeinderat (12):

wohnhausanlage neilreichgasse (schluss)

18 wien, 24.4. (rk) gr. h a h n (oevp) stellte fest, dass in  
90 von 552 althaeusern die von der stadt wien verwaltet werden, die  
miete nach dem paragraph 7 bis zum 24fachen zins erhoehrt worden sei.  
in wieviel gemeindewohnungen mietzinserhoehungen vorgenommen werden,  
darueber bestuenden keinerlei angaben. nach dem mikrozensus seien  
etwa 170.000 menschen betroffen. im margaretenhof muesse sogar der  
36fache zins bezahlt werden. hahn fragte in diesem zusammenhang,  
warum der oevp-antrag im dezember 1977 auf zinsstuetzung von der spoe  
abgelehnt worden sei.

vizebuergermeister p f o c h (spoe) warf der oevp eine doppel-

boedige politik beim wohnungsbau vor. im 18. bezirk sei ein wohnvorhaben von der oevp deswegen abgelehnt worden, weil es von gruenflaechen umgeben sei. die wohnungen in der krottenbachstrasse - ebenfalls im gruenland - seien als "politisch nicht uninteressant" befuerwortet worden, wie aus einem brief von hahn an busek hervorgehe.

der kommunale wohnbau ermoeegliche den sozial schwaechergestellten, genuegend wohnraum in schoener wohnumgebung zu erhalten und sich in den eigenen vier waenden wohl zu fuehlen.

gr. dr. w o e b e r (oevp) kritisierte die oeffentliche verlesung des briefes von gr. hahn an stadtrat busek.

gr. l u d w i g (spoe) erklarte in seinem schlusswort, dass er eher eine richtigstellung oder aufklaerung des briefinhaltes, als die kritik an einer oeffentlichen verlesung erwartet habe. die umwidmung des gebietes, auf dem nun die neue wohnhausanlage errichtet werden soll, sei in der bezirksvertretung favoriten von allen parteien zur kenntnis genommen worden. der fachbeirat fuer stadtplanung habe das projekt ebenfalls gut geheissen.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde mit den stimmen der spoe und fpoe a n g e n o m m e n . (ba) (forts)

1611

gemeinderat (13):

fuenfte donaubruecke

19 wien, 24.4. (rk) gr. r a u t n e r (spoe) beantragte eine sachkrediterhoehung fuer baugrunduntersuchungen fuer die 5. donaubruecke um 3,4 millionen auf 8,8 millionen. gr. dr. h i r n - s c h a l l (fpoe) erklarte damit im zusammenhang, dass das sogenannte gratz-androsch-paket mit 3 milliarden bundesleistung im detail betrachtet gar nicht sensationell ist. es werden damit hauptsaechlich laengst faellige leistungen als "wahlgeschenk" neu verkauft. lediglich die kostenuebernahme fuer die floridsdorfer bruecke und die unterfuehrung im bereich altmannsdorfer strasse - breitenfurter strasse mit zusammen 690 millionen s sind neu. das haelt sich aber mit den kreditkosten fuer die vorfinanzierung von rund 700 millionen etwa die waage. betreffend traisenbruecke vollfuehrt die rathausmehrheit einen zick-zack-kurs. urspruenglich war eine vier-

spurige bruecke geplant, so dass zusammen mit floridsdorfer und reichsbruecke zehn fahrspuren zur verfuegung gestanden waeren. mit dem neubau der beiden bruecken wird es zehn fahrspuren geben. die traisenbruecke wurde also von der rathaus-mehrheit selbst nicht als aktuell bezeichnet. jetzt gibt es wieder eine kehrtwendung. eine traisenbruecke wird eine verbindung von guertelautobahn zur a 5 nach nord-osten darstellen. die fpoe lehnt beide trassen ab. die bruecke wuerde diese trassen aber unzuessaessigerweise praecipitieren. die planung der bruecke ist ueberdies unvertretbar, solange kein generelles verkehrskonzept vorliegt.

gr. h o f f m a n n (oepv) erklarte, dass er auf grund der gratz-androsch-ankuendigungen die uebernahme der kosten von 520 millionen fuer die floridsdorfer bruecke mit genugtuung gehoert habe. die oepv hat das in der stadtplanungskommission gefordert. der antrag wurde aber abgelehnt. man koennte glauben, das 3-milliarden-fuellhorn, das der finanzminister ausschuettet, wuerde aus der lkw-sondersteuer gefuelllt. das ist aber gar nicht so: wien muss zunaechst vorfinanzieren und den zinsendienst bezahlen. nach der langen genesis fuer die traisenbruecke, besteht heute nach wie vor der verdacht, dass der 20. bezirk durch eine schnellstrasse zerlegt wird. das wird durch die antwort von str. wurzer auf eine oepv-anfrage verstaerkt, in der auf untersuchungen der verkehrsvorgaenge in diesem bereich hingewiesen wird, die schliesslich zur diskussion gestellt werden sollen. was soll aber noch diskutiert werden, wenn wie der heutige antrag zeigt - die bruecke gebaut werden soll. die oepv ist fuer eine 5. donaubruecke, habe aber bedenken gegen den jetzt vorgesehenen standort. (smo) (forts)

1616

gemeinderat (14):

fuenfte donaubruecke (schluss)

20 wien, 24.4. (rk) in seinem schlusswort betonte gr. r a u t e r (spoe) die notwendigkeit einer fuenften donaubruecke. man kann sie nur dort bauen, wo es das verkehrsaufkommen erfordert, und nicht etwa an einem beliebigen punkt, erwiderte rauter der kritik am standort der bruecke. die praxis der vorfinanzierung wurde bei

./.

massgeblichen bauvorhaben in ganz oesterreich geuebt und ist sicherlich nicht neu.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

#### beseitigung von sondermuell

die entsorgungsbetriebe simmering sollen jaehrlich ca. 60.000 tonnen sondermuell (infektioeser- und wassergefaehrdender spitalmuell, rechengut aus abwasserklaeranlagen, gewerbe- und industrie- muell) mit kosten von 53 millionen uebernehmen und beseitigen. dies beantragte gr. h a b e r l (spoe).

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) stellte den a n t r a g , genau darzustellen, wie man auf die angegebenen mengen und kosten gekommen ist und ob auch anbote anderer firmen eingeholt wurden.

str. n i t t e l (spoe) erklarte, dass die angegebenen kosten von der ma 48 und der finanzverwaltung sorgfaeltig ueberprueft wurden. gerade im falle des spitalmuelles ergibt sich derzeit beim allgemeinen krankenhaus das problem, ob eine eigene muellverbrennung gebaut werden sollte. diese moeglichkeit wurde aus umwelt-, aber auch finanziellen gruenden ausgeschieden. das abkommen mit den entsorgungsbetrieben simmering stellt eine gute loesung dar.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und oevp a n g e n o m m e n . der antrag der fpoe wurde dem gemeinderatsausschuss fuer staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz zur behandlung zugewiesen. (sei) (forts)

1639

gemeinderat (15):

dringlicher antrag

21 wien, 24.4. (rk) anschliessend wurde ein dringlicher antrag der oevp betreffend die sperre des innenringes verlesen:

- 1) "da die umweltbelastungen durch den verkehr in den strassenzuegen des innenringes fuer tausende von wienern, die taeglich dieser situation ausgesetzt sind, untragbar geworden sind, sind so rasch wie moeglich alle notwendigen massnahmen zu treffen, um den innenring fuer den durchzugsverkehr zu sperren.

2) insbesondere sind alle baumaessigen und verkehrstechnischen massnahmen zu treffen, um eine vorziehung des verkehrsbauwerkes der uraniabruecke zu verwirklichen, um den verkehr auf die donaukanalbegleitstrasse umzuleiten''.

zur begruendung der dringlichkeit meldete sich gr. dr.

k r a s s e r (oevp) zu wort. als die ringstrasse einbahn wurde, sei als provisorium bis zur fertigstellung des karlsplatzes der verkehr in der gegenrichtung ueber den innenring geleitet worden. 35.000 bis 40.000 autos fahren taeglich durch strassenzuege, die fuer so ein verkehrsaufkommen nicht geeignet sind. bei wissenschaftlichen untersuchungen wurde eine gesundheitsschaedliche konzentration von giftigen stoffen festgestellt. die betroffene bevoelkerung sei akut gefaehrdet. beim bau der uraniabruecke gebe es ein versaemnis der wiener stadtverwaltung. jetzt sei der bau fuer das jahr 1981/82 vorgesehen. so lange koenne aber nicht gewartet werden.

gr. ing. n e d w e d (spoe) stellte fest, dass stadtrat univ.-prof. dr. wurzer das verkehrskonzept fuer die innere stadt im verkehrsbeirat vorgelegt hat. in der ersten phase ist die unterbindung des durchzugsverkehrs mit ausnahme des innenringes vorgesehen. in der zweiten phase wird dann auch der innenring gesperrt. dafuer sind einige voraussetzungen notwendig. neue verkehrsrelationen muessen geschaffen werden. eine abstimmung mit der verkehrskonzeption fuer die uebrigen stadtteile ist notwendig. gerade jetzt befinde man sich in der diskussion ueber die verkehrskonzeption. nedwed erklarte, er habe verstaendnis fuer die betroffenen und auch fuer die buergerinitiative, wandte sich aber gegen deren politische ausnuetzung. so wurde auch in der bezirksvertretung des 1. bezirkes eine beschlussfassung ueber die sperre des innenringes einvernehmlich abgelehnt. nedwed verwies auf die grossen leistungen zur verbesserung der lebensqualitaet in der inneren stadt (fussgaengerzonen) und auf die verbesserung der verkehrssituation in wien (u-bahn, suedost-tangente). im mai finde ein verkehrsbeirat, im juni eine gemeinderaetliche planungskommission statt. nedwed empfahl die ablehnung der dringlichkeit fuer den oevp-antrag.

a b s t i m m u n g : die zuerkennung der dringlichkeit wurde mit den stimmen der spoe a b g e l e h n t . der antrag wurde dem stadtplanungsausschuss zugewiesen. (ger) (schluss)

k o m m u n a l :

=====

## eigene busspur fuer "13er"

11 wien, 24.4. (rk) eine wichtige massnahme im rahmen des beschleunigungsprogrammes fuer oeffentliche verkehrsmittel tritt morgen, am dienstag, den 25. april, in kraft: die autobuslinien 13 a und 14 a erhalten in der pilgramgasse zwischen margaretenplatz und rechter wienzeile - zunaechst versuchsweise - eine eigene busspur in richtung mariahilf, die auch von taxis benuetzt werden kann. dies teilte stadtrat franz nekula am montag der "rathaus-korrespondenz" mit. die eigene busspur gilt von montag bis freitag (werktags) in der zeit von 6 bis 8.30 uhr und von 15 bis 18 uhr.

in diesem zusammenhang wird die haltestelle pilgramgasse in fahrtrichtung mariahilf ein stueck in diese richtung verlegt. dadurch wird auch die umsteigemoeglichkeit zur autobuslinie 61 a verbessert. nekula erklaerte, dass durch die einfuehrung einer eigenen busspur in der pilgramgasse ein neuralgischer punkt fuer die autobuslinien 13 a und 14 a entschaerft werden kann. (ger)

1428